## Dokumentation

## Wohin geht die Entwicklung? Zur Förderung entwicklungspolitischer Bildungsarbeit

In einem Schreiben vom 7. 1. 2005 an das Redaktionsbüro der Peripherie hat der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) der Redaktion mitgeteilt:

"Definiert man Ihre Zeitschrift in Bezug auf eine wissenschaftliche Zielgruppe, erfüllt sie sicher eine wichtige Brückenfunktion, für eine breitere Zielgruppe ist sie jedoch nicht geeignet, obwohl Ihre Zielgruppendefinition eigentlich eine andere ist. (Sie möchten ja auch 'Multiplikator/innen entwicklungspolitischer Bildungsarbeit' erreichen). Die Artikel sind aber überwiegend deutlich wissenschaftlich gehalten.

Leider bedeutet das für Ihre Publikation, dass eine weitere Förderung nicht mehr möglich sein wird."

Vorangegangen war eine Evaluation seitens des EED, in die 31 geförderte Zeitschriften einbezogen worden waren. Den Fragebogen hatte der EED dem Redaktionsbüro am 25. 6. 2004 zugeschickt mit der Bitte, ihn bis zum 9. 7. 2004 ausgefüllt zurückzuschicken. Er enthielt Fragen nach HerausgeberIn, Auflage, Zielgruppen, Internetpräsenz, Erscheinungsweise, Zusammensetzung der Redaktion usw. Alle befragten Zeitschriften haben an der Evaluation teilgenommen. Für drei von ihnen bedeutete die Evaluation das Ende der finanziellen Unterstützung durch den EED: Außer der Peripherie sind noch die Lateinamerika Nachrichten (ab 2006) und das Ökumenische Büros für Frieden und Gerechtigkeit München betroffen.

Bereits seit 2003 erhalten *Blätter des iz3w* keine Förderung durch den EED mehr. Scheibchenweise schneidet der EED offenbar kritischen, entwicklungspolitisch resp. internationalistisch orientierten Zeitschriften die finanzielle Förderung ab. Diese Entwicklung stellt uns vor die auch für das Erscheinen der Peripherie existenzielle Fragen nach der Finanzierung entwicklungspolitischer Arbeit. Aus diesem Anlass haben wir einen offenen Brief an den EED geschickt, den wir an dieser Stelle dokumentieren.

## Offener Brief an den Evangelischen Entwicklungsdienst

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) und dessen Ausschuss Aktion, Bildung und Publizistik (ABP) sind seit Jahrzehnten für unabhängige, vor allem auch kleine und mittlere entwicklungspolitische Gruppen und Institutionen von zentraler Bedeutung. Gerade in Zeiten, in denen Förderer immer mehr auf die Kontrolle über Projekte setzen, hat der ABP/EED für die Erhaltung der Vielfalt gesorgt. Diese Arbeit sehen wir nun gefährdet.

Zweifellos ist der Geldmangel in den Kirchen – so u.a. durch den Rückgang der Kirchensteuer wegen schwindender Anzahl der Kirchenmitglieder sowie die

Krise der Erwerbsarbeit – nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist für uns allerdings die Art und Weise, wie der EED mit dieser Situation politisch umgeht und wie er seine Sparvorgaben umgesetzt.

Dabei sehen wir die paradoxe Tendenz, dass der EED gerade in der "Bewegungslandschaft", an deren Pflege er nicht unwesentlich beteiligt war, nun Kahlschlag betreibt. Anzeichen hierfür ist die Einstellung der Förderung für die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) sowie für wichtige Zeitschriftenprojekte wie iz3w, Lateinamerika Nachrichten (ab 2006), Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit München sowie die Peripherie.

Dabei ist in einigen Fällen ein äußerst unsensibles Verhalten festzustellen, das vor dem Hintergrund einer langjährigen Kooperation zutiefst befremden muss. So wurde der Peripherie ohne Vorankündigung per Brief lapidar mitgeteilt, dass die Förderung ab sofort, ohne Übergangsfrist eingestellt wird. Den für ein solches Verfahren Verantwortlichen sollte bewusst sein, dass eine derart abrupte Einstellung der Finanzierung die Herausgabe der Zeitschrift, die vom EED in den Jahren zuvor mit der Höchstförderung bedacht wurde, ernsthaft gefährdet. Die über Jahre gewachsene Kooperation hat ein Vertrauensverhältnis geschaffen, das ein solches Vorgehen völlig unverständlich macht. Gleiches gilt für den fehlenden Respekt gegenüber den überwiegend ehrenamtlich und mit großem persönlichen Engagement tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern solcher Projekte, der vor allem im Zeitablauf und in der Intransparenz dieses Verfahrens zum Ausdruck kommt.

Um zu entscheiden, welche unter den insgesamt 31 Presse-Projekten, die vom EED bislang gefördert wurden, weiter unterstützt werden sollen, hat der EED ein Verfahren gewählt, das auch den zeitgemäßen Anforderungen an Sozialtechnologie nicht gerecht wird: Im Sommer 2004 wurde ein Erhebungsbogen zur Evaluierung der Zeitschriftenprojekte verschickt. Im Januar 2005 wurde dann den von Totalkürzung betroffenen Projekten lapidar und mit Verweis auf die Evaluierung, aber ohne jegliche Rückkoppelung mitgeteilt, dass eine weitere Förderung nicht möglich sei.

- Evaluation: Mittlerweile gehört es zum guten Stil vieler Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit, dass Geber und Nehmer sich bei Evaluierungen vorab über den Rahmen und die Zielsetzung der Evaluierung verständigen. Dies hat es hier nicht gegeben. Die Daten wurden eingefordert, ohne dass etwas über Ziele, Kriterien, Verfahren oder Zeithorizont der Evaluierung mitgeteilt wurde.
- Auswertung: Die Auswertung erfolgte nach einem intransparenten Verfahren.
  Weder die Entscheidungskriterien noch das methodische Vorgehen wurden offengelegt. Auch das Endergebnis der Evaluation blieb unter Verschluss. Trotz telefonischer Nachfrage war der EED noch nicht einmal dazu bereit, die Auswertungsergebnisse offenzulegen, die allein die Peripherie betrafen.

- Ergebnis: Nun sind uns ja die Ziele der Evaluierung nicht bekannt, aber ein Ziel, das aus dem Ablehnungsschreiben hervorgeht, betrifft die Finanzlage des EED. Was dieses Ziel angeht, lauten berechtigte Fragen: Sind die Einsparungen der Evaluierung, die sich auf 8.000 Euro für 2005 belaufen, tatsächlich ein ernsthafter Beitrag zur Sanierung des EED? Wären die Finanzmittel nicht in jeden Fall effizienter in die Zeitschriften investiert als in diese methodisch völlig unzureichende Evaluierung?

Wir bedauern, dass es von Seiten des ABP keinen Versuch gegeben hat, mit den von der Streichung bedrohten Organisationen einen Dialog zu führen. Ein solches Vorgehen widerspricht dem Grundsatz der Partizipation, der jeglicher entwicklungspolitischer Aktivität zugrunde liegen sollte. Dies wiegt umso schwerer, als gerade diese Partizipation bereits in einem offenen Brief im Juli 2003 von zahlreichen Gruppen eingefordert wurde.

Deshalb fordern wir den EED dazu auf, die Totalstreichungen zurückzunehmen. Zugleich streben wir an, mit dem EED und anderen entwicklungspolitischen Gruppen und Organisationen in ein politisches Gespräch kommen, bei dem gemeinsame Perspektiven v.a. für die kleineren und mittleren Gruppen der entwicklungspolitischen Landschaft erörtert werden sollen. Angesichts von Kürzungen von verschiedenen Fördergeldern (so v.a. auch der Gelder für kommunale Entwicklungszusammenarbeit) ist es von zentraler Bedeutung, neue Ansätze zu entwikkeln, die die Vielfalt der Gruppen sichern und neue Finanzierungsmöglichkeiten erschließen.

Vom EED erwarten wir, dass er sich seiner Bedeutung in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit – besonders für Zeitungs- und Zeitschriftenprojekte – bewusst ist und die daraus erwachsende Verantwortung ernst nimmt. Dazu gehört in erster Linie das praktische Bekenntnis zur Autonomie der Projekte, die durchaus auch unbequem sein können, sowie zur Vielfalt statt zur Beschränkung auf ein durch Oktroy des Geldgebers definiertes Kerngeschäft.

In diesem Sinne erhoffen wir uns vom EED mehr Offenheit und Transparenz. Denn das ist die Grundlage – wie in der Vergangenheit – für Vertrauen und kooperative Zusammenarbeit. Wir möchten ausdrücklich nicht gegen den EED arbeiten, sondern halten es auch angesichts der allgemeinen politischen Situation für dringend erforderlich, gemeinsam mit dem EED in Zeiten, in denen entwicklungspolitische Anliegen im politischen Diskurs immer weniger Gehör finden, weiterhin Perspektiven für entwicklungspolitische Bildungsarbeit entwerfen.

Mit freundlichen Grüßen

für die Redaktion: Dr. Olaf Kaltmeier (verantwortlicher Redakteur)